



Chance verpasst - beim Reinigungsdienst des Kanton St.Gallen

Keine sicheren Arbeitsplätze mit fairem Lohn! Der Kanton will am ausge- lagerten Reinigungs- dienst festhalten.

abgelöst. Heute sind noch 18 Mitarbeiterinnen beim Kanton angestellt. Diese Personen sollen gemäss Auskunft der Regierung weder entlassen noch deren Arbeitsbedingungen geändert werden.

Das Baudepartement hat am 5. Januar 2009 im Amtsblatt die Gesamtreinigungsleistung für kantonale Verwaltungsgebäude in vier Losen ausgeschrieben. Diese Ausschreibung veranlasste Peter Hartmann, SEV-Gewerkschaftssekretär, zu einer „Einfachen Anfrage“ im Kantonsrat. 1997 war Peter Hartmann als vpod-Sekretär massgeblich an den Aktionen beteiligt, welche in der Erreichung von sozialverträglichen Lösungen für das Reinigungspersonal fruchteten. Dank des vpod konnten damals Härtefälle vermieden werden. Der vpod war auch dafür besorgt, dass die privaten Reinigungsunternehmen faire Löhne bezahlen mussten.

Nach zehn Jahren werden nun diese Reinigungsleistungen neu ausgeschrieben, dies obwohl bekannt ist, dass interne Lösungen kostengünstiger sind. Beim Regionalspital Rorschach, wo sich der vpod für ein „Insourcing“, eingesetzt hatte, konnte nachgewiesen werden, dass die interne Reinigung kostengünstiger ist und die Arbeitsabläufe rationeller gestaltet werden können. So hat die Regierung auf eine Auslagerung der kantonalen Postdienste verzich-

Im Rahmen des Sparpakets 97 wurde der Reinigungsdienst der Kantonalen Verwaltung ausgelagert. Der vpod hat sich damals mit einem Gutachten und einem Rechtsmittelverfahren gegen diese Auslagerung gewehrt. Die Regierung widerrief in der Folge im April 2000 die ausgesprochenen Kündigungen. Seither werden die Abgänge nicht mehr ersetzt, sondern durch Aufträge an Private

ersetzt, sondern durch Aufträge an Private

ersetzt, weil die Kosten bei einer Privatisierung bedeutend höher ausgefallen wären. Trotz dieser Erfahrungen hält der Regierungsrat in seiner Antwort vom 17. März 2009 an der Ausschreibung der Reinigungsleistungen fest. Er stützt sich dabei auf die positiven Erfahrungen, welche in den letzten zehn Jahren gemacht wurden. Besonders hervorgehoben wird, dass am bisherigen Mindeststundenlohn von Fr. 17.75 festgehalten wird und dass dieser über demjenigen des Gesamtarbeitsvertrages liegt. Die Regierung verschweigt aber, dass dieser Mindeststundensatz 1998 ausgehandelt wurde und sich die heutigen Mindeststundensätze im GAV davon kaum noch unterscheiden. So wird also nicht einmal der von den Gewerkschaften seit 1998 geforderte Mindestlohn von Fr. 3000 erreicht.

Die Regierung hätte die Chance, den Fehlentscheid von 1997 zu korrigieren und sichere Arbeitsplätze mit fairem Lohn zu schaffen. Statt nun einen mutigen Schritt zu unternehmen, versteckt sie sich hinter dem Argument, korrekte Wettbewerbsbedingungen einhalten zu wollen. Immer wieder müssen wir die Leier anhören, dass die Reinigung der Liegenschaften und Büros nicht zum Kerngeschäft des Kantons gehören und es sich somit nicht um eine Leistung handelt, die von der öffentlichen Hand erbracht werden muss. Aus Sicht des vpod wird hier eine grosse Chance auf eine Lösung, die sich längerfristig auszahlen würde, verpasst.

**1. Mai im Kanton Thurgau und Kanton St.Gallen:
das Festprogramm auf Seite 1.**

1. Maifeier St.Gallen

68 Mia verzockt: Und unsere Sozialwerke?



1. Mai St.Gallen

Nachfeier:

Sonntag, 3. Mai, ab 15 Uhr

Restaurant Engel
Festwirtschaft bis 23 Uhr
16.30 Uhr Referat von Raul Zelik, Berlin:
*Lateinamerikanische sozialistische
Alternativen zum Katastrophen-
kapitalismus*
Essen ab 18.30 Uhr

Im KinoK

Donnerstag, 30. April

20.30 Uhr
«Testamento»
Eine Geschichte der
lateinamerikanischen
Revolutionen

17 Uhr Besammlung
Bahnhofplatz

17.20 Uhr Demobeginn

18 Uhr Kundgebung

Marktplatz
Vania Aleva, Unia Geschäfts-
leitung, SGB Vorstand
Ana Maria Polo Pollares,
Consejo pro Bolivia
Annemarie Gantenbein, PdA, comedia
Phillip Enzler, Juso/Unia-Jugend

19 Uhr Festwirtschaft

im Zelt bei Grabenhalle
Kultur in Grabenhalle
20.30 Uhr Poetry Slam
21.30 Uhr, Briganti, Band aus Italien

Pensionskassen: Der SGB wendet sich gegen forcierte Sanierungen

**Die unnötige Panik-
mache bei der Sanie-
rung der Pensionskas-
sen verstärkt letztlich
die Wirtschaftskrise!**

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) wendet sich gegen die vom Departement Couchepin verlangte forcierte Sanierung der Pensionskassen. Das Bundesamt für Sozialversicherung rät dabei sogar bei geringen Unterdeckungen zu schnellen Sanierungsmassnahmen. Von diesen wären über die Hälfte aller Pensionskassen betroffen.

Diese Politik erachten wir als unnötige Panikmache. Sie verstärkt letztlich die Wirtschaftskrise. Sanierungsmassnahmen bedeuten für die Erwerbstätigen, welche höhere Beiträge zahlen müssen oder bei den Pensionierten, welche tiefere Renten erhalten, in erster Linie schmerzhaften Kaufkraftverlust.

Das ist konjunkturpolitisch bedenklich. Diese Haltung führt zur Verunsicherung und zu Pessimismus. Der SGB hat dem Bundesrat frühzeitig geschrieben, er möge die Aufsichtsbehörden mit Blick auf die Kaufkraft zur Zurückhaltung mahnen. Jetzt macht er das Gegenteil und rät selbst dort zu Sanierungen, wo bisher davon nie die Rede gewesen war.

Besonders stossend ist, dass das BSV die Wirtschaftskrise ausnutzt, um für die Senkung des Umwandlungssatzes zu werben. Ein Anliegen, gegen welches das Referendum mit über 200'000 Unterschriften erfolgreich zustande gekommen ist. Kurzfristige Sanierungen haben nichts mit dem langfristig wirkenden Umwandlungssatz zu tun. Gemeinsam ist beiden nur, dass die bürgerliche Bundespolitik die Renten der Pensionskassen senken will. Ohne flankierende gleichwertige Erhöhung der AHV-Renten ist dies sozialpolitisch verantwortungslos und inakzeptabel.

**St.Gallen: Ein ungün-
stiger Zeitpunkt für
die Revision der Ver-
sicherungskassen der
kantonalen Angestell-
ten bei der momentan
hohen Unterdeckung!**

Seit über drei Jahren läuft die Revision der Versicherungskassen der kantonalen Angestellten und der Volksschullehrpersonen. Mit der Revision werden verschiedene Ziele verfolgt: Zusammenschluss der beiden bisher eigenständigen Kassen zu einer Kasse, Verselbstständigung der Pensionskassen, der Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat und Erhöhung des Rentenalters auf 65 - unabhängig vom Geschlecht.

Die Umsetzung der Revision wurde bereits mehrmals verschoben. Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Revision der Versicherungskassen mit der Revision des Dienstrechts zeitgleich auf den 1. Januar 2011 umzusetzen. Beide Vorlagen sollen noch im laufenden Jahr in die Vernehmlassung gehen.

Der Zeitpunkt für die Revision der Versicherungskassen ist aus Sicht des vpod denkbar schlecht. Beide Kassen weisen eine Unterdeckung von über 20% aus. Die Regierung ist bei ihrem Projektauftrag jedoch von ausfinanzierten Kassen ausgegangen. Um Schwankungen des Finanzmarktes auszugleichen und die Renten zu garantieren, ist ein Deckungsgrad von 115% erforderlich. Von diesem Deckungsgrad sind aber beide Kassen weit entfernt. Wie sich der Finanzmarkt und die Wirtschaft in den nächsten zwei Jahren entwickeln werden, ist offen. Die Prognosen sind sehr zurückhaltend und tendenziell schlecht. Die Revision muss bei dieser Ausgangslage abgebrochen werden. Der vpod verlangt also eine Einstellung des Projekts. Ohne massive Verluste für das Personal und die Rentnerinnen und Rentner ist eine Umsetzung gar nicht möglich, es sei denn, der Kanton stelle die fehlenden Mittel zur Verfügung.

1. Maifeier Thurgau

Im Eisenwerk Frauenfeld

11 Uhr :

**Eröffnung der Maifeier durch:
Heinz Herzog, Thurgauer Gewerkschaftsbund,
SP, Christa Thorner, Stadträtin Frauenfeld, SP,**

Ansprachen von:

**Claudius Graf-Schelling, Regierungsrat, SP,
vpod, Sybille Kaufmann, Gemeinderätin, SP,
vpod, Susanne Oberholzer (deutsch/italienisch),
Grossrätin, SP**

**Festwirtschaft im Eisenwerk ab 10.30 Uhr
Musikalische Unterhaltung durch „Trio Arlotto“**

Alle sprechen von DRG im Gesundheitsbereich, worum geht es?

Mit der Fallkostenpauschalen (DRG) sollen Sparzwänge an die Spitäler delegiert werden, mit negativen Folgen für Personal und Patienten!

Am 1.1.2012 sollen in der Schweiz sogenannte DRGs eingeführt werden. DRG heisst Diagnosis Related Groups und ist die englische Bezeichnung für Fallkostenpauschalen. DRG - basierte Spital-Finanzierung heisst: Die Spitäler erhalten pro Fall (z.B. „Blinddarm mit Nebendiagnose Diabetes“) einen fixen Betrag. Schweizweit wird ein ausführlicher Katalog von Fällen (648) definiert, und jedem Fall wird ein sogenanntes Fallgewicht zugeordnet. Dieser Katalog wird gegenwärtig von der Vereinigung „Swiss-DRG“ erarbeitet, in der die Kantone, die FMH und die Krankenkassen vertreten sind. Zudem gibt es eine sogenannte „Baserate“, ein Basispreis, dessen Höhe von den Krankenkassen und den Spitalern in jedem Kanton einzeln ausgehandelt wird. Zur Berechnung der eigentlichen Fallkostenpauschalen werden die Fallgewichte mit der Baserate multipliziert (z.B. 1.599 x Fr.8900.-).

Was bedeutet das für das Gesundheitswesen?

Die Einführung der Fallkostenpauschalen führen zu einer Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Sie sind ein Instrument, um die Gesundheitsversorgung marktkonform zu modellieren, die Spitäler als Unternehmen zu führen und Konkurrenz zueinander zu erzwingen. Als Instrument dazu dienen „Benchmarks“. Betriebsvergleiche zwischen den Spitalern, die nun aufgrund der Fallkostenpauschalen möglich sind, sollen dazu dienen, die Preise zu drücken. So können Sparzwänge an die Spitäler delegiert werden. Will ein Spital sparen, versucht es z.B. die Aufenthaltsdauer der PatientInnen zu kürzen. Dabei steht den Pflegenden für ihre Aufgaben immer weniger Zeit zu.

Der vpod hat alles in seiner Macht stehende getan, um die entsprechende Gesetzesvorlage zu bekämpfen. Ein Referendum kam wegen der mangelnden Unterstützung anderer Verbände nicht zustande.

In einigen Schweizer Kantonen sind bereits heute DRG-Vorläufermodelle in Anwendung -mit einer Baserate als Basis für die Kostenermittlung. Obwohl diese Modelle und ihre Implementierung uneinheitlich, und deshalb die Leistungen der Spitäler nur bedingt vergleichbar sind, machen die Krankenkassen heute schon Druck, um den Basispreis zu senken. Schneller als erwartet zeigen sich deshalb die negativen Auswirkungen der DRG in der Praxis. Im Frühjahr 2008 teilte die Leitung des Kantonsspitals Zug dem vpod mit, der GAV müsse möglicherweise gekündigt und die Löhne müssten deutlich gesenkt werden. Die Kassen würden sich nämlich weigern, eine kostendeckende Baserate/Basispreis zu akzeptieren mit der Begründung, die Spitäler anderer Kantone seien billiger. Zum Glück haben nicht die Kassen das letzte Wort. Scheitern die Baserate-Verhandlungen, müssen die Kantonsregierungen die Höhe der Baserate-Vergütung festlegen. Lange war allerdings nicht klar, wie die Zuger Kantonsregierung entscheiden würde. Der vpod mobilisierte deshalb das Personal, das an einer gut besuchten Betriebsversammlung beschloss, sich zu wehren. Eine Petition wurde einer überwiegenden Mehrheit der Spitalangestellten unterzeichnet. An einer Protestaktion vor dem Regierungsgebäude nahmen rund 100 Kolleginnen und Kollegen teil - mit Erfolg: Die Regierung setzte die Baserate so fest, dass die Spitalangestellten dieselben Lohnerhöhungen erhielten wie das übrige Kantonspersonal.

Reaktionen des vpod

Der vpod hat beschlossen, eine auf mehrere Jahre ausgelegte Schwerpunkt-Kampagne zur DRG-Einführung zu führen.

Zentrales Element der ersten Phase der Kampagne ist die DRG-Petition. Der vpod hat mit Erfolg alle Verbände eingeladen, sich auf eine gemeinsame Petition zu verständigen. In dieser werden flankierende Massnahmen gefordert, ohne welche die DRG-Einführung gestoppt werden muss.

Die Forderungen des vpod lauten:

- Die Qualität der Versorgung ist gewährleistet.
- Die Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals sind gesetzeskonform.
- Die Einhaltung der orts- und branchenüblichen Löhne ist gesichert.
- Personalschlüssel sind definiert und dürfen nicht unterschritten werden.
- Die Finanzierung der Weiterbildung ist geregelt.
- Die Begleitforschung ist spätestens am 1.1.2011 gestartet.

Ohne entsprechende Schutzmassnahmen darf die Spitalfinanzierung nicht eingeführt werden. Um konkrete Lösungen zu erarbeiten, fordert das unterzeichnende Personal den Bundesrat auf, einen runden Tisch einzuberufen. Ziel ist es, in den nächsten Monaten mindestens 50'000 Unterschriften zu sammeln.

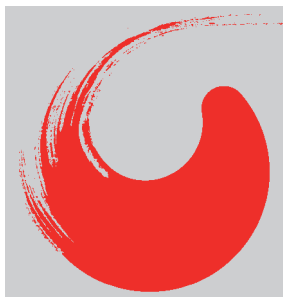
Verkehrsbetriebe St.Gallen

Mit der Privatisierung der VBSG beginnt der Auftakt zu den GAV-Verhandlungen!

Anfang März haben sich die Vertreterinnen und Vertreter des Personals zur ersten Sitzung des Moduls „Personal“ getroffen. Diskutiert wurde der Rahmengesamtarbeitsvertrag der Bus Ostschweiz 2008, der jedoch noch nicht vollständig unterzeichnet ist, da noch Differenzen in Detailfragen bestehen. Für den vpod ist klar: Basis für einen allfälligen GAV, sind die aktuellen Anstellungsbedingungen der Stadt St. Gallen. Für das Personal darf es keine Verschlechterungen geben. Verbesserungen wird sich der vpod jedoch nicht verschliessen.

Am 16. Und 20. April werden von der Geschäftsleitung zwei Betriebsversammlungen organisiert. An diesen sollen die Gewerkschafts- und Personalvertreter offiziell vom Personal für die GAV-Verhandlungen mandatiert werden. Kurt Altenburger, Zentralsekretär und Maria Huber, Regionalsekretärin, werden an beiden Versammlungen persönlich anwesend sein.





vpod ostschweiz

April 2009
erscheint 4x jährlich

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
- Maria Huber
- Marina Widmer

Gestaltung: www.allerart.ch
Druck: Typotron St.Gallen

vpod Kampagne: DRG (Diagnosis Related Groups) Fallkostenpauschale für die Akut- Spitäler!

Informationsabend:
Mittwoch, 6. Mai 2009, um 20 Uhr
Florastrasse 6
(Frauenarchiv)
9000 St.Gallen

DRG, die Fallkostenpauschale mit der ab 2012 den Akut-Spitälern die Leistungen vergütet werden sollen, ist in aller Munde. Das Konzept wird von den Krankenkassen gelobt, weil so die Konkurrenz zwischen den Spitälern spielen soll. Ausrichten will man sich nach dem „günstigsten“ Spital. Das führt dazu, dass der Kostendruck auf die Spitäler wachsen wird. Für das Personal bedeutet das Druck auf die Arbeitsbedingungen und Stellen. Wie in allen Dienstleistungsbetrieben sind die Personalkosten der höchste Ausgabenposten. Hier will gespart werden. Darunter wird ebenso die Qualität der gesundheitlichen Versorgung leiden.

Der vpod hat beschlossen, im Juni eine Kampagne mit dem Ziel zu starten, die DRG-Einführung solange zu verschieben, bis die geforderten Schutzmechanismen (S.3 Alle sprechen von DRG im Gesundheitsbereich, worum geht es?) umgesetzt sind.

Den Banken geben und dem Sozialstaat nehmen? Wege aus der Misstrauensfalle

Referat:
Frau Prof. Dr. phil.
Silvia Staub-Bernasconi
Dienstag 5. Mai 2009, 20.00 – 22.00 Uhr
Katharinenaal, 9000 St. Gallen

Silvia Staub-Bernasconi referiert über die Bedeutung der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Zukunft des Sozialstaates. Sie zeigt die schleichende Ökonomisierung der sozialen Arbeit auf und eröffnet eine Diskussion um Schlüsselkonzepte: Diagnose, Vertrauen, Befreiung, Ethik und Menschenrechte, soziale Kontrolle, Profession. Und sie entwirft eine Strategie, an der sich die Aktionen der engagierten SozialarbeiterInnen und ProfessorInnen orientieren können.

Die Veranstaltung wird organisiert von der Diskussions- u. Aktionsgruppe für Soziale Rechte Ostschweiz. Unterstützt von: VPOD Gruppe Sozialbereich Ostschweiz, Avenir Social Sektion Ostschweiz, „ROstfrei“ Studierenden- Gruppe der FHSG Soziale Arbeit. Im Anschluss an das Referat findet eine Diskussion statt. Eintritt frei, Kollekte.

In eigener Sache:

AZB 9000 St.Gallen

Neuer Standort des vpod-sekretariat Ostschweiz

Das vpod-Sekretariat der Region Ostschweiz zieht um. Die neuen Büroräumlichkeiten befinden sich im Kulturzentrum Palace.

Unsere neue Adresse ab 1. September 2009:
Zwinglistrasse 3, 9001 St. Gallen
Tel: 071 / 223 80 43
Fax: 071 / 223 80 65
vpod.ost@bluewin.ch
www.vpod-ostschweiz.ch



Retouren: vpod-Sekretariat, Hintere Poststr. 18, 9001 St. Gallen

Dienstag, 21. April	20 Uhr	HV Gruppe Bildung, Restaurant Hintere Post, St. Gallen
Mittwoch, 22. April	19 Uhr	Delegiertenversammlung der Region Ostschweiz
Dienstag, 5. Mai	20 Uhr	Den Banken geben – dem Sozialstaat nehmen? Katharinenaal, St. Gallen
Mittwoch, 6. Mai	20 Uhr	DRG (Diagnosis Related Groups) Fallkostenpauschale für die Akut-Spitäler
Freitag, 15. Mai	19 Uhr	HV der Sektion Arbon
Mittwoch, 10. Juni	8 Uhr	Tagesausflug der Rentnerkommission des Kantonalen Gewerkschaftsbundes SG nach Bern ins Bundeshaus Anmeldungen nimmt vom 30. März bis spätestens 22. April 2009 entgegen: Jakob Wälti, Neudorfstrasse 9, 9240 Uzwil, Telefon 071 951 10 62, E-Mail: waeltij@swissonline.ch oder emil.himmelberger@gaiserwald.net

termine